

**POSTULAT** von Adrian Bergmann (SVP, Meilen), Carmen Walker Späh (FDP, Zürich) und Urs Hany (CVP, Niederhasli)

betreffend Prioritäten des Kantons Zürich für das HLS-Netz

---

Der Regierungsrat wird beauftragt, gegenüber dem Bund die HLS-Prioritäten in nachfolgender Reihenfolge zu vertreten:

- a) Fertigstellung der sich im Bau befindenden und initiierten Projekte im Knonauer Amt mit dem Uetlibergtunnel und Realisierung der 3. Gubristtunnelröhre sowie der Einhausung Schwamendingen.
- b) Aufnahme in den Sachplan Verkehr des Bundes, Projektierung und Realisierung der nachstehenden HLS-Vorhaben mit folgendem Realisierungshorizont:

Kurzfristig:

Oberlandautobahn Oberuster-Betzholz

Stadttunnel Brunau-Neugut

Entlastung Zürich Nord/Kloten (Brüttiseller Kreuz- Kloten, z.B. K10)

Mittelfristig:

Ostast an den Stadttunnel mit Anbindung Forchstrasse

SE-Umfahrung Winterthur

Hirzeltunnel

- c) Aufnahme der äusseren Nordumfahrung als HLS, im Sinne einer Vororientierung (Trasseesicherung).

Adrian Bergmann  
Carmen Walker Späh  
Urs Hany

Begründung:

Wiederholt hat der Bund (Exekutive und Verwaltung) an den Kanton Zürich den Appell gerichtet, die Prioritäten des HLS-Ausbaus zu definieren.

Im Februar/März 2006 wird der Bundesrat den Sachplan Verkehr des Bundes bekanntgeben. Vorgängig findet Mitte 2005 ein Workshop, im 3. Quartal eine letzte Anhörung und im 4. Quartal 2005 bis Anfang 2006 eine Überarbeitung unter anderem auch in Zusammenarbeit mit den Kantonsregierungen statt.

Es drängt sich deshalb geradezu auf, dass sich der Kanton Zürich nun endlich auf gemeinsam breit abgestützte Prioritäten bezüglich der Aufnahme in den Sachplan Verkehr und der Realisierung festlegt.

Eine klare Stellungnahme des Parlaments unterstützt unsere Regierung in der Vertretung der HLS-Prioritäten gegenüber dem Bund, insbesondere da die Regierung vom Bund demnächst zu einer Stellungnahme aufgefordert wird.

Begründung der Dringlichkeit:

Auf Grund der Terminvorgaben des Bundes im Hinblick auf die Erstellung des Sachplan Verkehr, ist eine zügige Stellungnahme von Parlament und Regierung im Interesse von Bund und Kanton Zürich.